

Die Stasi und ihre Erben

Ein Tagungsbericht von Jochen Stadt

Das ehemalige Offizierskasino der US-Streitkräfte in Berlin Dahlem, das den Namen Harnack-Haus trägt, war der richtige Ort, um sich der Westarbeit des DDR-Geheimdienstes zu widmen. Wenige Wochen vor dem zehnten Jahrestag ihrer Behördengründung befaßte sich die Bildungsabteilung der Stasiunterlagenbehörde auf einem dreitägigen Symposium mit der Stasitätigkeit in der alten Bundesrepublik. An der Stirnwand des Goethesaals, in dem die Veranstaltung stattfand, ist als Wandrelief der folgende Satz zu lesen: „Das schönste Glück des denkenden Menschen ist das Erforschliche, erforscht zu haben und das Unerforschliche zu verehren“. Zwar nicht verehrt, aber vernachlässigt hat die Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde die schwer erforschbare Stasi-Westarbeit über viele Jahre. Erst ein Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und der Forscherdrang von Hubertus Knabe schafften Ende der neunziger Jahre Abhilfe. Kurz vor dem Jubiläum ist nun auch der übrige Bildungs- und Forschungstroß bei dem Thema angekommen, das man in der Behördenforschung lange rechts liegen ließ.

Aber nicht nur die Behördenforscher gaben ihre unverständliche Zurückhaltung inzwischen auf. Es taten dies anlässlich des Symposiums auch drei weitere behördliche Nachforschungsabteilungen, von denen bislang substantielle Äußerungen zur Stasi-Westarbeit nur in kleinsten Dosen erhältlich waren. Die Rede ist vom Bundesamt für Verfassungsschutz, vom Militärischen Abwehrdienst und dem Bundesnachrichtendienst. Vertreter dieser Einrichtungen stellten sich erstmals in so massierter Form der Diskussion auf einer wissenschaftlichen Fachtagung, die sich in gewisser Weise – allerdings aus anderer Perspektive - auch der vor 1989 geleisteten Arbeit dieser Dienste annahm. Das heißt, sie ließen sich mit dem nunmehr offenliegenden Erkenntnisstand ihres damaligen Gegners konfrontieren und versuchten, dem ihre eigene Erfolgsbilanz entgegenzusetzen. Das geschah natürlich mit der gebotenen professionellen Diskretion und mit zuweilen mehr ver- als enthüllender Rhetorik. Aber es geschah überhaupt, was schon als ein kleiner Schritt in Richtung einer Öffentlichkeitsarbeit gelten darf, die diesen Namen verdient.

Ansonsten war die Tagung eine Leistungsschau über den Stand des Erreichten in Sachen Westspionage, man könnte aber auch sagen eine Offenbarung der Untiefen des Wissens über das Ausmaß des SED-Einflusses in der alten Bundesrepublik. Doch wo ein Forscherwille ist, ist auch ein Forscherweg. Den wissenschaftlichen Erkenntnisdrang können weder restriktive Gesetzesauslegungen noch amtierende oder ehemalige Bundeskanzler aufhalten. Das hat sich schon nach dem Ende der ersten Diktatur gezeigt, aus der die zweite ihre Sonderlegitimation abzuleiten suchte.

Götz Aly zog ganz im Widerspruch zum ansonsten einvernehmlichen Tenor der Veranstaltung in einem pointierten Diskussionsbeitrag am dritten Tagungstag unvermittelt gegen „das Gerede von den zwei Diktaturen“ zu Felde, weil er darin eine Lockerungsübung gegenüber der historischen Bürde des Dritten Reiches witterte. Doch hier irrt sich der verdiente Erforscher des Nationalsozialismus gewaltig. Gerade sein Podiumsnachbar Phillip Christian Wachs hat nämlich in seinem Buch über Adenauers Vertriebenenminister Theodor Oberländer und die Oberländer-Kampagnen der SED gezeigt, wie unauflöslich die Geschichte der beiden Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus mit der Vergangenheit – auch der vor 1933 gelegenen -, den Bewältigungsversuchen gegenüber dem Nationalsozia-

lismus und wechselseitiger Aufrechnung verklammert ist. Dem MfS jedenfalls war der Nationalsozialismus ein fruchtbarer historischer Boden, wenn es galt auf den Schmutz vor dem „antifaschistischen Schutzwall“ hinzuweisen. In der MfS-Westarbeit hat das in den sechziger und siebziger Jahren durchaus eine große Rolle gespielt. Eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus aber war das genausowenig, wie die geschichtspolitischen Stellungen der PDS heute eine Aufarbeitung der SED-Diktatur sind. In der Westarbeit der SED-Geheimpolizei zeigt sich, was das gesamten Symposiums gleichsam als Subtext begleitet hat. Im MfS waren Leute am Werk, die an der Zerstörung der demokratischen Republik interessiert waren. Die Ideologie, der sie bei ihrer gesamten Geheimdienstarbeit verpflichtet waren, zielte ebenso wie die Ideologie der braunen Diktatur gegen den Parlamentarismus, gegen die pluralistische Gesellschaft und gegen die Verwirklichung der Menschenrechte. Thomas Auerbach verdeutlichte in seinem Vortrag über „Sabotage- und Terrorstrategien des MfS“ gegen die Bundesrepublik, wie weit Mielkes Männer gehen wollten, wenn es dazu gekommen wäre: Entführungen, politische Morde, Trinkwasservergiftung und Sprengung von Atomanlagen – die unmenschliche Planung lag vor. Man mag von Glück reden, daß die Sondereinheiten des MfS nie zum Einsatz kamen, zur Entschuldigung der verbrecherischen Planung gibt das jedoch keinen Anlaß.

Im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR – auch das der richtige Ort zum gegebenen Anlaß – fand am 28. November 2001 eine Festveranstaltung der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen statt. Gewürdigt wurde die seit zehn Jahren betriebene Aufarbeitung des Unwesens, das der Staatssicherheitsdienst bis 1989 getrieben hat. Geehrt wurde auf der Veranstaltung ein Gesetz und diejenigen, die es 1990 in die Welt gebracht hatten. Die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Marianne Birthler begrüßte als erste nicht die zahlreich erschienenen Würdenträger unter ihren Gästen, sondern die Demonstranten und Bürgerrechtler, denen es im Januar 1990 gelungen war, jede weitere Aktenvernichtung durch die noch in ihren Dienstgebäuden ausharrenden Stasimitarbeiter zu verhindern. Seit der Wiedervereinigung hat man bei allen möglichen öffentlichen Anlässen die Demonstrationen und Besetzungen der nachrevolutionären Januartage von 1990 als mutige Tat der Rettung von Beweismitteln gefeiert. Das Wesen des totalitären Überwachungsstaates DDR offenbaren insbesondere die 1990 vor der Vernichtung bewahrten Stasiakten in einer Weise, die mancher Legendenbildung der Postkommunisten bis heute den Garaus macht. Die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen dankte in ihren Begrüßungsworten freilich auch ihrem Vorgänger Gauck, dem Geburtshelfer des Gesetzes, und den langjährigen Behördendirektoren Dr. Geiger und Dr. Busse, die maßgeblichen Anteil an der institutionellen Realisierung des Stasiunterlagengesetzes hatten.

Ausgerechnet Helmut Kohl kommt der zweifelhafte Verdienst zu, den bisherige Umgang mit den Stasiunterlagen in Verruf gebracht und einen unerquicklichen Streit um das Unterlagengesetz und seine Intention in Gang gesetzt zu haben. Sein Kanzleramtsminister von 1990 Wolfgang Schäuble sagte im Verlauf der abendlichen Podiumsdiskussion, er habe sich eines Besseren belehren lassen, seine Befürchtungen hätten sich als grundlos erwiesen. Das Stasiunterlagengesetz habe keine Verwerfungen in der Gesellschaft nach sich gezogen und über einen Mißbrauch von Stasiakten sei in nennenswertem Umfang nichts bekannt geworden. Zur Haltung seines früheren Freundes und Regierungschefs äußerte sich Schäuble bezeichnenderweise nicht. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach, Friedrich Schorlemer und auch Richard Schröder sprachen sich auf der Veranstaltung für eine Integration ehemaliger Stasispitzel in das demokratische Gemeinwesen der Bundesrepublik aus. Richard Schröder faßte das in das Bild von der „ansteckenden Gesundheit“ des demokratischen Rechtsstaates und Jutta Limbach sprach von einem „gelungenen Systemwechsel“, nach dessen Abschluß „man den Zuträgern von gestern heute die tätige Reue durch demokratische Mitarbeit in politischen und öffentlichen Institutionen nicht mehr versagen“ dürfe. „Warum sollen“, fragte Frau Limbach, ehemalige Stasispitzel „sich nicht durch die Vorzüge einer freiheitlichen, durch Meinungsfreude, kritische Loyalität und Toleranz geprägten Demokratie eines Besseren belehren lassen“?

Tja, warum eigentlich nicht, werden sich wohl auch die früheren Weggefährten von Frau Limbach in der Berliner SPD gedacht haben, als sie wenige Wochen nach der Gesetzesfeier im roten Rathaus Gregor Gysi zum Koalitionsbund die Hände reichten. Für Bürgermeister Gysi und seine Partei sind zehn Jahre Aufarbeitung schon mehr als genug. Nur das meinten viele ehemaligen Nazis im Jahr 1956, elf Jahre nach der Zerschlagung ihrer Diktatur auch. Mancher, der in den Gefängnissen der NS-Diktatur gesessen hatte, verstand die Welt nicht mehr, als ein ehemals staatstragender Diktaturjurist wie Hans Globke zu höchsten Ämtern in der neuen Demokratie aufstieg. Manchen, die in den Gefängnissen der SED-Diktatur saß, geht es heute genau so, wenn sie den Vorsitzenden der DDR-Rechtsanwaltskollegien Gregor Gysi, einen Nomenklaturfunktionär des SED-Zentralkomitees, nun als Berliner Bürgermeister daherkommen sehen. Dieser ehemalige Diktaturjurist aber ist der beste Beweis dafür, daß zehn Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht genug sind. Insofern muß man dem Birthler-Archiv nach dem zehnten Gesetzesgeburtstag ein langes Überleben wünschen und allen fleißigen Behördenmitarbeiterinnen und –mitarbeitern viel Elan beim Weitermachen!